

Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff Gedenken an die Pogromnacht 8.11.20199

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Gäste,

Im Vorgarten der Synagogen ist eine Metalltafel angebracht. Die Inschrift beginnt mit dem Satz: „Den jüdischen Bürgern Bremens zum Gedenken“.

Es ist eine Erinnerung an die Nacht in der in diesem Land die Synagogen brannten. Vor 81 Jahren. In dieser Nacht vom 9. auf den 10. November hat nach jahrelanger Entrechtungspolitik die planmäßige Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens seinen Anfang genommen. Es war der Beginn des größten Völkermords, den Europa je erlebt hatte.

Der Befehl in Bremen lautete:

Zitat „Sämtliche jüdische Geschäfte sind zu zerstören. Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken. Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen.“

Recht und Gesetz wurden – oder waren bereits – ausgeschaltet. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, jüdische Friedhöfe geschändet. Die Synagogen im Schnoor, in Vegesack und das Bethaus in der Sebaldsbrücker Heerstraße brannten. Die Feuerwehr hat zugesehen – und nur eingegriffen, wenn sich der Brand auf nicht-jüdische Nachbarhäuser ausweitete. 160 Männer, jüdische Männer, wurden verhaftet - fünf Bremerinnen und Bremer in dieser Nacht ermordet:

der Monteur Leopold Sinasohn aus Bremen-Nord,
der Sanitätsrat Dr. Adolph Goldberg und seine
Frau Martha in Burgdamm,
der Händler Heinrich Rosenblum in der Neustadt
und
Selma Zwienicki, die Frau eines Fahrradhändlers in
der Hohentorstraße.

Ihnen wollen wir heute gedenken.

Und all das war „nur“ der Auftakt, es wurde noch viel schlimmer.

Viele jüdische Familien aus Bremen wurden komplett ausgelöscht. Mit einer Brutalität, einer Unmenschlichkeit vollstreckt, die mich sprachlos macht. Von vielen Familien blieb fast nichts zurück.

Ich habe in Yad Vashem fassungslos vor diesen kostbaren Gegenständen gestanden, die noch an die Mutter oder den Vater erinnern. Manchmal war das nur ein Taschentuch, manchmal eine völlig kaputte Brille,... aber es war das letzte, das geblieben war, von einem geliebten Menschen, der einmal Teil dieser Gesellschaft war.

Wir haben nach dem Ende des 2. Weltkrieges versprochen, dass so etwas nie, nie wieder geschehen darf.

Wir haben das in unser Grundgesetz geschrieben:
Artikel Eins: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Und wir haben weiter versprochen: Artikel 4:

„Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“

Was bedeuten „Unverletzlich“ und „Frei“ heute?

Am Zentrum der Jüdischen Gemeinde steht regelmäßig ein Fahrzeug mit der Aufschrift „Objekt-schutz“. Sicherheitshalber.

Die verfassungsrechtlich verbürgte „ungestörte Religionsausübung“ ist nur so möglich...

Sofort kommen einem die Bilder von Halle wieder in den Kopf. Dort war die Synagoge ungeschützt. Und hätte die Tür nicht gehalten, hätte es keine besonders gesicherten Türen gegeben, es hätte am höchsten jüdischen Feiertag in einer deutschen Synagoge – wieder – ein Blutbad gegeben. Bereits zuvor hatte es mehrfach Angriffe gegen jüdische Einrichtungen und Juden in unserem Land gegeben. Offen die Kippa zu tragen ist – wieder – gefährlich geworden in Deutschland.

Wir in Bremen haben ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir haben gemeinsam in der jüdischen Synagoge gegen Hass und Gewalt gebetet. So viele Bremerinnen und Bremer, unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlichstem Glauben – vereint in unserer Synagoge. Mich hat dieses Zeichen sehr gefreut und sehr stolz gemacht.

Wir sind heute hier zusammengekommen – mit Rücksicht auf den Schabbat – einen Tag vor der

Pogromnacht. Und wir haben zum ersten Mal eine Jugendgruppe aus Murat bei uns. Auch Murat, ein kleines Dorf in Frankreich, wurde von den Nazis bitter getroffen. Fast alle Männer wurden zum Bunker Valentin deportiert, nur wenige überlebten diese Tortur. Murat wurde ein „Dorf der schwarzen Witwen.“

Wir – die Bremische Bürgerschaft und der Senat – starten jetzt einen Jugendaustausch mit Murat. Fünf Jugendliche aus Frankreich sind gestern angekommen und leben für eine Woche in Bremer Familien. Sie sind heute hier und sie kommen natürlich auch zur Nacht der Jugend. Wir legen damit eine neue Grundlage in der Verbindung dieser beiden Städte, die bis 1944 nichts miteinander zu tun hatten. Wir sorgen jetzt dafür, dass eine neue Generation im Zeichen von Austausch und Völkerverständigung zueinanderfindet.

Wir haben nach dem Grauen von 1945 versprochen: Nie wieder.

Dieses Versprechen darf keine Leerstelle sein. Dieses Versprechen muss mit Taten und durch Handeln gefüllt werden. Gerade in Zeiten wie diesen. In denen Antisemitismus, Ausgrenzung und Rassismus sich in den Alltag fressen, manchmal durch schreckliche Taten wie in Halle. Oftmals aber auch

ganz leise, fast nebenbei – und deshalb so brandgefährlich. Nie wieder! – An dieses Versprechen zu erinnern und es mit Leben zu füllen, dafür werde ich mich Kraft meines Amtes einsetzen.

Am Ende sind wir aber alle gefordert, uns gegen jegliche Beeinträchtigung im gesellschaftlichen Leben zur Wehr zu setzen. Wir müssen gemeinsam für unsere Werte eintreten. Das, was im Grundgesetz sowie unserer Landesverfassung festgeschrieben ist, müssen wir verteidigen und ernst nehmen. Das beginnt – wie so oft – mit Worten. Mit einer klaren Grenze bei Hetze und Hass, ganz gleich aus welcher politischen Richtung. Ganz gleich, ob direkt geäußert oder im Netz.

Es geht schließlich um unsere gemeinsamen demokratischen Errungenschaften. Die lassen wir uns nicht von niemandem und schon gar nicht von verblendeten Eiferern zerstören. Wer eine Synagoge oder Menschen jüdischen Glaubens verächtlich macht oder angreift, greift uns alle an! Und dem müssen wir auch mit aller Härte des Gesetzes und wo nötig mit neuen Gesetzen und schärferen Regeln begegnen. Dafür haben wir als Parlament die Mittel und als Parlamentspräsident werbe ich auch dafür, diese Mittel zu nutzen und uns jeglicher Form des Antisemitismus entschieden entgegenzustellen.

In Bremen hat die Jüdische Gemeinde längst wieder 1 000 Mitglieder und mehr. Sie gehört damit zu den größeren im Bundesgebiet. Und seit mehr als 18 Jahren ist ihre Beziehung zum Senat der Freien Hansestadt Bremen per Staatsvertrag besiegelt. Es gibt zudem – um nur einige Beispiele zu nennen – einen überaus lebendigen Austausch mit der Stadt Haifa, und es gibt eine sehr rege Deutsch-Israelische Gesellschaft.

Das ist eine gute Entwicklung, keine Selbstverständlichkeit. Und das darf unter keinen Umständen beschädigt werden. Darauf müssen wir achten. Deshalb: Wir müssen alle achtsam sein – im Sinne unseres demokratischen Gemeinwesens, das zu Recht auch so großen Wert auf die Freiheit der Religionsausübung legt.

Das war unsere Aufgabe, das bleibt unsere Aufgabe – und sie ist heute fordernder denn je.

Ich danke Ihnen!